Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 11 (1931-1932)
Heft: 11-12

Artikel: Vereinigte Staaten von Europa : ein Weg zum europäischen Frieden
Autor: Horber, Carl
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-157403

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

würfigkeit vorgetriebene Willfährigkeit bloß dazu geführt, daß Ansprüche erhoben wurden, die noch weiter gingen, auch wirtschaftliche, was in diesem Zusammenhang noch besonders hervorgehoben werden mag.

XVIII.

Der Zweck dieser Ausführungen ist, auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die in den tatsächlichen Machtverhältnissen begründet sind und vor denen weder papierene Verträge noch bloßes Nachgeben schützt; Gefahren soll man erkennen und ihnen durch mannhaftes Einstehen für sein Recht und seine Interessen begegnen. Dieser Wille ist m. E. im Volke der deutschen und vielleicht noch mehr in dem der französischen Schweiz, wo wegen des andersgearteten Volkstums Vieles ganz anders angeschaut und beurteilt werden muß, in vollem Umfange vorhanden. Die wirkliche, die eigentlich gefährliche Gefahr kommt aber überhaupt nicht von außen, sondern aus dem Innern. Dagegen gibt es ein Mittel: man soll sich selber treu bleiben, in jedem Wandel der Zeit. Falsche Propheten gab es von jeher, und gerade die bewegten Zeiten sind ihnen günstig. Ich wünsche, daß in der Stunde der Gefahr die falschen Propheten, die Leisetreter, die Verzagten und die Speichellecker auf die Seite geschoben werden und der Wille zum Widerstand oben und unten ein einheitlicher sei. Wir kennen die Gefahr; die Pflicht erheischt, sie zu bestehen.

Vereinigte Staaten von Europa.

Ein Weg zum europäischen Frieden.

Von **Carl Horber †**, Zürich.*)

Zu allen Zeiten haben die Ungebildeten die jeweiligen Verhältnisse als etwas Gegebenes und Unveränderliches hingenommen. Die Geschichte aber zeigt uns Europa in einem ununterbrochenen Wandel begriffen. Und zwar sind diese Wandlungen so groß, so häufig und schnell aufeinanderfolgend, daß selbst derjenige, der die wichtigsten Ereignisse gegenwärtig hat, immer wieder davon überrascht wird. Auch bestehen sie keineswegs nur in Grenzverschiebungen. Wir sehen vielmehr, wie neue Reiche mit ganz andern Grenzen an die Stelle früherer treten; oder wie aus einem

*) Dr. Carl Horber beschäftigte sich in den letzten Monaten vor seinem Tode lebhaft mit der Abfassung einer Schrift über „Vereinigte Staaten von Europa". Die dazu vorliegenden — und hinterlassenen — Vorarbeiten und Umrisse geben wir im nachfolgenden in von uns überarbeiteter Form wieder, in der Annahme, daß unsere Leser sich gerne auch mit den Auffassungen des Verfassers der „Schweizerischen Politik" über die internationale Lage und Politik bekannt machen.
Die Schriftleitung.

Wirrwarr kleinster Teile sich im Laufe von Jahrhunderten ein Großreich bildet; oder wie Großstaaten wieder in kleine Splitter zerfallen. Durch all dies Auf und Ab läßt sich indessen eine bestimmte Grundrichtung erkennen. Auf jeden Zerfall Europas folgte auch wieder ein Aufbau. Das Römische Reich, das Reich Karls des Großen, das deutschmittelalterliche Reich, das Reich Napoleons zerfielen. Aber ihr Zerfall führte zu einer Festigung der Teile. Und die Teile schossen wieder zu einem Ganzen zusammen. Aus einer großen Zahl von Herzogtümern entstand Frankreich, aus einer unendlichen Kleinstaaterei wurde das Deutsche Reich, aus ohnmächtigen Staaten und Stäätchen das einige Italien. Immer ging die Festigung dabei von einem Kern aus, der nur einen Bruchteil des Ganzen bildete, aber von einem aufbauenden Geist und Willen beseelt war.

Wenn Graf Coudenhove in einem Vortrag in Zürich im Jahre 1929 ausführte, die Überlieferung bilde die „Quelle der Überlegenheit des europäischen Geistes und die Bürgschaft seiner Zukunft", so ist ihm in diesem Punkt zuzustimmen. Birgt doch beispielsweise gerade seine Jugend, d. h. sein durch keine Erfahrung gebrochenes Draufgängertum für Amerika die größten Gefahren in sich. Europa kann im Vergleich zu ihm auf den Erfahrungen von Jahrtausenden aufbauen. Wenn es das aber auch nur täte! Wie wenig hat es bisher diese Erfahrungen genützt, wie machtlos ist seine Überlieferung gewesen, um es vor der Wiederholung von Katastrophen, wie 1914—1918 eine war, zu bewahren. Darum haben wir keinen Anlaß, uns Amerika für allzu überlegen zu halten. Wir verraten im Gegenteil im Vergleich zu ihm oft einen erschreckenden Mangel an geistiger Kraft. Ein Beispiel. Seit drei Jahrzehnten arbeitet Europa an der Entwicklung seines Flugwesens. Der Beitrag, den Amerika daran geleistet hat, ist ganz gering. Er beschränkt sich im wesentlichen darauf, daß Amerika zugesehen hat, wie die Europäer zur Erzielung ihrer Fortschritte ihr Leben opferten. Erst als die Sache ausprobiert und reif war, griff auch Amerika sie auf. Durch eine Leistung, die als solche nicht größer war als etwa die erste Überfliegung der Alpen oder des Kanals, wurde Lindbergh amerikanischer Nationalheld (die Amerikaner empfinden ein starkes Bedürfnis, ihren seit Lincoln bestehenden Mangel an Helden zu beheben). Mit einer solchen Wucht warfen sie sich jetzt auf die Auswertung der europäischen Errungenschaften, daß ihr Flugwesen in wenigen Jahren dasjenige Europas überholt hat. Warum? Wegen der Jugendlichkeit ihrer Rasse? Oder wegen ihrer ungebrochenen Entschlußkraft, wegen des Reichtums und der Weite ihres Landes? Nein, wenn die Europäer jung genug sind, die Pioniere des Flugwesens zu sein, dann sind sie auch jung genug, die Früchte ihrer Pionierarbeit auszuwerten. Wenn sie zäh genug sind, einen vierjährigen Krieg durchzuhalten, dann kann es ihnen auch nicht an der Tatkraft fehlen, wenn es gilt die Luft in ihre Dienste zu stellen. Europa wird von dem Augenblick an das reichste Land der Welt sein, in dem

es aufhört, seinen Wohlstand in inneren Reibereien zu vergeuden. Entfernungen? Madrid-Moskau ist eine Fernstrecke so gut wie New-York-San Franzisko. All das ist es also nicht. Der Grund liegt allein in seiner Kleinstaaterei! So viel Staaten, so viel Fluggesellschaften (und noch mehr!). Das führt notwendigerweise zur Stümperei. Ebenso die Zollgrenzen. Die Vögel kehren sich nicht daran. Die Flugzeuge müssen es. Für die Luftschiffahrt in Europa bestehen über 50 zwischenstaatliche Abkommen. Das europäische Flugwesen ist ein bürokratischer Betrieb schlimmster Art. Im europäischen Reich Karls des Großen brauchte man einige Wochen, um von einem Ende ans andere zu gelangen. Aber der Geist überwand dieses Hindernis. Heute braucht man einen Tag. Aber wir sind im Geiste zu zurückgeblieben, um die einander technisch so nahe gerückten Teile Europas auch geistig-organisatorisch zusammenzufassen.

Der Gedanke der europäischen Zusammenarbeit lebt und kommt nicht zur Ruhe. Das zeigen die zahlreichen zwischenstaatlichen Konferenzen der Nachkriegszeit. Man rügt allerdings, daß auf diesen zur Hauptsache nur Worte gemacht werden. Für Männer der Tat, wie Bismarck oder Cavour, wäre zweifellos hier nicht der Ort. Um gerecht zu sein, muß man aber zugeben, daß seit der Schöpfung der Welt viel, lang und schön geredet worden ist und daß sich doch in den Worten oft ein neuer Aufbau vorbereitete. Die Sehnsucht der Völker kann eben nur befriedigt werden, wenn sie vorher geweckt wurde. Auch in den zwischenstaatlichen Vereinbarungen und Vereinigungen, die sich seit Mitte des letzten Jahrhunderts in beschleunigtem Zeitmaß bildeten, haben wir die Anfänge eines europäischen Zusammenwirkens zu erblicken: im Roten Kreuz, das die Greuel des Krieges mildern soll, im Weltpost-, Welttelegraphen-, Welteisenbahnverein. Auch im Völkerbund, der zur Aufrechterhaltung der durch die Verträge von Versailles, St. Germain, Trianon usw. geschaffenen Ordnung errichtet wurde (mit der Nebenfunktion, verdiente Politiker zu versorgen oder durch glänzende Anstellungen hervorragende Personen in den Machtkreis der Ententemächte zu ziehen). Schließlich nicht zu vergessen die „Paneuropäische Union". Die in ihr sich verkörpernde europäische Einigungsbewegung dürfte sich allerdings weitgehend preisgegeben haben, als sie um des raschen Erfolges willen, ihre Idee Briand anvertraute — die Liga sandte an alle europäischen Regierungen die Anregung, den Tag der Bekanntwerdung des Briand'schen Memorandums zum europäischen Feiertag zu erklären. Es ist immer gefährlich, die Ausführung einer Idee einem Mächtigen zu übertragen. Dieser wird weniger auf deren Ausführung als darauf bedacht sein, sie seinen eigenen Machtzwecken dienstbar zu machen.

Auf einem Gemälde im Parlamentsgebäude von Toronto ist dargestellt, wie die Vertreter der Einzelstaaten, aus denen heute Kanada besteht, zusammenkommen, um den Bundesvertrag abzuschließen. Ganz so wird es bei dem Zusammenschluß Europas kaum gehen. Die Lage im damaligen Kanada war eine andere. Die dünnbevölkerten, vom Meer ab-

geschnittenen und über keine transkontinentalen Verbindungen verfügenden Staaten waren zwingend auf den Zusammenschluß angewiesen. Und doch ist zu hoffen, daß Europa ein „Einigungs"-Krieg, wie er dem Einswerden Frankreichs oder Italiens oder dem bundesstaatlichen Zusammenschluß Deutschlands, Englands, Südafrikas vorausging, erspart bleibe. Der Weltkrieg mit seinen Folgen mag die Geißel sein, die die Völker Europas allmählich zur Einigung zusammenpeitscht. Rom ist ja schließlich auch nicht an einem Tage gebaut worden. Auch führen — wie das Sprichwort sagt — alle Wege nach Rom. Bloß macht es einen Unterschied aus, ob man zu Vereinigten Staaten von Europa auf einem französischen oder einem schweizerischen Weg gelangt. Gerade die Unwahrscheinlichkeit eines plötzlichen und umfassenden Zusammenschlusses ist eine schweizerische Erfahrung. In der Schweiz kann erst seit 1848 von einem Bundesstaat die Rede sein. Fünfeinhalb Jahrhunderte dauerte es, bis dieser aus Vorstufen und allmählichen Zusammenschlüssen von einem kleinen Kerne aus zustandegekommen war. Das allmähliche Zusammenwachsen altbefreundeter, auf ähnlichen Grundlagen beruhender Völker ist viel wahrscheinlicher und natürlicher als die unvermittelte Vereinigung von Völkern mit ganz verschiedenen Daseinsgrundlagen.

Von zwei Voraussetzungen hängt allerdings das Einswerden Europas ab. Zu Beginn des Jahres 1931 forderte der amerikanische Staatssekretär Stimson in einer Note von der Regierung der Negerrepublik Nigeria entschlossene Maßnahmen zur Beseitigung des Sklavenhandels. Gehe sie nicht auf diese Forderungen ein, dann werde Amerika die Beziehungen zu ihr abbrechen. Auch die Lohnsklaverei, die in den Industriestaaten Eingang gefunden hatte, ist heute durch Erhöhung der Löhne, Kürzung der Arbeitszeit, durch zwischenstaatliche Arbeitsabkommen und die Tätigkeit eines zwischenstaatlichen Arbeitsamtes behoben; der Arbeitnehmer befindet sich jetzt oft in einem Zustand größerer Freiheit als der Arbeitgeber. Nun hat sich aber in jünster Zeit eine neue — und doch alte — Form der Sklaverei in Europa eingeschlichen, deren Erkenntnis der Aufmerksamkeit der führenden Kulturstaaten entgangen zu sein scheint. Es gibt heute ein 60 Millionen-Volk in Europa, das unter ihm zwangsweise auferlegten und äußerst ungünstigen Handelsbeziehungen einen erheblichen Teil im Jahr für seine ehemaligen Kriegsgegner arbeiten muß. Dieses Sklavenvolk hat einen Lebensstand, der freier Menschen unwürdig ist. Trotzdem vollbringt es auf allen Gebieten der Wissenschaft und Technik täglich Höchstleistungen. Man kann einwenden, daß auch im Altertum vielfach die Sklaven die wirklichen Träger der Kultur gewesen seien. Eine solche Betrachtungsweise vermag aber weder das hochstehende Sklavenvolk noch die Sklavenhalter zu befriedigen, auch wenn die Berechtigung gewisser Leistungen gar nicht in Zweifel gezogen wird. Der Rest der Kontribution, die dem besiegten Luzern nach dem Krieg um den eidgenössischen Bundesstaat auferlegt worden war, wurde nach einigen Jah-

ren erlassen. So hätten die Sieger von 1918, trotz der großen eigenen Erschöpfung handeln müssen, wenn es ihnen wirklich um die Gewinnung der ehemaligen Feinde und die Errichtung einer dauerhaften europäischen Ordnung zu tun gewesen wäre. Ohne Aufhebung der von ihnen geschaffenen Schuldknechtschaft, aus der mittelbar oder unmittelbar Gewinn zu ziehen ein noch viel größerer Schandfleck des 20. Jahrhunderts ist als die Familiensklaverei der afrikanischen Negerrepublik Nigeria, wird es nie zu einer solchen kommen.

Die zweite Voraussetzung ist eine andere Einstellung zu Geld, Besitz und Macht. Geld, Besitz und Macht sind notwendig und gut, so lange sie nicht den alleinigen Richtpunkt des menschlichen Handelns bilden. Wenn das der Fall ist und ein höheres Gut, ein über ihnen stehender Wert fehlt, dann führt das ungehemmte Verlangen nach ihnen zu ihrer eigenen Zerstörung. Von Macht- und Geldwahn besessen hat Europa seine eigenen wirtschaftlichen Werte zerstört. Die Freude am Besitz und das aus diesem fließende Verantwortungsgefühl sind positiv zu werten. Wird aber eine Besessenheit daraus, dann geht dem Besitzenden jede Fähigkeit zu aufbauendem Schaffen und Gestalten verloren. Imperialismus und Chauvinismus sind Abarten des Materialismus und haben zur Wurzel die gleiche irrtümliche Einschätzung von Macht und Besitz. Der Überwucherung des Materialismus ist Europa erlegen. Wirtschaftlicher Erfolg war für seine Völker die alleinige Richtlinie des Handelns. Hätte Wilhelm der Zweite das kostbare Werkzeug der deutschen Armee um eines höheren Zieles, um der Schaffung eines einigen Europa willen eingesetzt, dann wäre er, ob siegreich oder besiegt, ob lebendig oder tot, als Held aus dem Krieg hervorgegangen. Im bloßen Kampf um mehr Platz an der Sonne hat das wohlhabende Deutschland unter seiner Führung sehr viel Sonnenplatz verloren und lebt heute in kümmerlicher Armut.

* * *

Graf Coudenhove hat einmal geäußert, der europäische Zollverein müsse sich von einem Kern aus langsam entwickeln. Das ist sicher richtig. Coudenhove meinte aber mit diesem Kern Deutschland-Frankreich-Belgien. Ist es aber schon fraglich, ob Deutschland — seinen Interessen nach mehr mit Rußland und Italien verbunden — ausgerechnet mit seinem Bedrücker, mit Frankreich, auf Gedeih und Verderb zur Kernzelle eines künftigen einigen Europa verschmelzen will, so ist es noch viel fraglicher, ob Frankreich, das seit zwölf Jahren zwischen Vernichtung oder Lebenlassen seines ehemaligen Feindes hin und her schwankt, und mit den Staaten der Kleinen Entente engste Freundschaft und Bundesgenossenschaft pflegt, ernstlich eine solche Absicht besitzt. Uns scheinen daher denn auch weniger die Großmächte mit ihrem Geld, ihren Tanks, ihrer schweren Artillerie und ihren, auf Wink zur Vernichtung des Friedensstörers herbeieilenden Senegalnegern, Chochinchinesen usw. den Kern zu bilden, von

dem aus Europa erneuert werden kann. Diesen Kern müssen vielmehr die neutralen Kleinstaaten bilden. Die Schweiz, Holland, Schweden, Norwegen, Dänemark, sie alle wollen nichts anderes als in Frieden leben, sind aber trotzdem zu jedem Opfer bereit, wenn ihr Friede und ihre Freiheit bedroht wird. Friede und Freiheit müssen den Ausgangspunkt und die Grundlage für einen europäischen Zusammenschluß bilden. In diesem Sinne ist das Wort Victor Hugos zu deuten: „In der Geschichte der Menschheit wird die Schweiz das letzte Wort haben".

Der Zusammenschluß dieser Staaten, die schon bisher aus eigenem Entschluß und eigener Kraft eine Politik der Neutralität verfolgten, ist etwas, was bald möglich ist. Daher ist es auch das Zunächstliegende. Ein Defensivbündnis zwischen ihnen stellt unter den heutigen militärischen und finanziellen Verhältnissen Europas bereits eine höchst achtenswerte und fast unangreifbare Macht dar. Denn kein europäischer Staat besitzt heute einen solchen Überfluß an Machtmitteln, daß die Gegnerschaft einer, durch keinen Weltkrieg geschwächten Völkergruppe von 20 Millionen Seelen mit anerkannt militärischen Eigenschaften und reichen Geldmitteln für ihn unerheblich wäre. Zudem würde jeder Angriff auf diese neutrale Staatengruppe auch die Gegnerschaft anderer Großmächte auslösen. Die fünf neutralen Kleinstaaten weisen mancherlei verwandte Züge in ihrer Geschichte auf. Holland und die Schweiz kennen Freiheitskriege. Schweden, Dänemark, Holland und die Schweiz haben alle, dank ihrer militärischen Tüchtigkeit, einmal vorübergehend eine Großmachtstellung eingenommen. Die drei nordischen Staaten besitzen die gleiche frühzeitige und durchgreifende Volksbildung. Holland, Schweden und Norwegen verfügen wie die Schweiz über große wirtschaftliche Unternehmungen von Weltruf (Royal Dutsch, Kreuger, Unfall Zürich usw.). Die Pflege von Musik und Literatur spielt bei allen eine große Rolle. Mit Holland teilt die Schweiz das Verhältnis der Konfessionen. Wenn Großmachtsregierungen an die Schaffung von Vereinigten Staaten von Europa denken, gehen sie von machtpolitischen Voraussetzungen aus. Sie wollen wohl die Kleinstaaten in ihren Machtkreis einbeziehen, nicht aber sie als gleichberechtigt anerkennen. Nur wo Gleichgeartete sich zusammenschließen, kann dies auf dem Fuße der Gleichberechtigung geschehen.

Eine erste Stufe des Zusammenschlusses wäre das Zusammengehen in auswärtigen Angelegenheiten, gegenseitige Freizügigkeit und gegenseitiger freier Warenverkehr. Als gemeinsames Organ käme eine Zusammenkunft der Präsidenten der Vollzugsbehörden in Betracht. Für eine höhere Stufe, besonders wenn der Kreis der Mitglieder sich erweitert hätte, müßte eine Verfassung der Vereinigten Staaten von Europa geschaffen werden. Es würde nach allgemeinem und gleichem Wahlrecht ein Präsident und ein Parlament gewählt und, auf Vorschlag des Präsidenten, aus je den tüchtigsten Fachmännern eine Regierung. Auf jeden Fall würde dem Bundesstaat aber nur übertragen, was er zweifelsfrei

besser machen kann. Seine Geldmittel erhielte er aus indirekten Steuern, die entweder als Zölle an den Bundesgrenzen oder als innere Steuern auf Luxusartikeln erhoben würden. Ein Milizheer, mit einer Ausbildungszeit seiner Soldaten von zwei bis drei Monaten, hätte als Garant der europäischen Rechtsordnung zu dienen. In Bezug auf die Verfassungen der Gliedstaaten würde größte Duldsamkeit herrschen. Schließlich muß sich von selbst zeigen, welche Staatsform für jedes Volk am besten paßt. Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Staatsformen sind gar nicht so erheblich. Die holländische, nordische oder englische Monarchie ist beispielsweise kaum weniger demokratisch als die Staatsform Frankreichs, Deutschlands oder der östlichen Staaten. Selbst die italienische Diktatur birgt Gefahren höchstens für ihren Inhaber.

Was für einen Widerhall wird der Gedanke der Vereinigten Staaten von Europa bei den betreffenden Völkern finden? Man sagt beispielsweise von den Holländern, daß sie grundsätzliche Alleingänger seien und jede Bindung ablehnen. In der Tat ist bei ihnen wie auch bei den nordischen Staaten das Unabhängigkeitsbedürfnis außerordentlich stark entwickelt. Nur ist es falsch, Bindungslosigkeit und Unabhängigkeit ohne weiteres mit Freiheit gleichzusetzen. Wie weit es mit der Freiheit der isolierten Unabhängigen im Ernstfall her ist, hat die Schweiz mit der SSS., der „Société de Surveillance économique" im Weltkrieg erfahren, die zwar den Schein wahrte, in Wirklichkeit aber die Schweiz wirtschaftlich der Willkür der einen Kriegspartei auslieferte. Genau das gleiche ist Holland widerfahren. Auch vom durchschnittlichen Schweizer gilt, daß er einen Bund der Neutralen zwar sehr schön finden, aber die zu seinem Abschluß notwendigen Bindungen gegebenenfalls ablehnen würde. Indessen dauerte es auch Jahrhunderte, bis die selbständigen eidgenössischen Staatswesen sich zum Bundesstaat zusammenfanden. Die geschichtliche Notwendigkeit war eben schließlich größer als alle Widerstände. So wird die Schweiz sich auch auf die Dauer nicht der Aufgabe entziehen können, mit andern gleichgearteten Staaten zusammen die Keimzelle zu einer größeren Völkergemeinschaft zu legen.

Ruhm, Ehre, gewonnene Schlachten, Triumphfeiern sind nicht die Merkzeichen dieses Weges. Es ist ein Weg friedlichen Schaffens, geistigen, wissenschaftlichen, künstlerischen, wirtschaftlichen Wirkens und Tuns. Aber wie viele Menschen wären heute glücklich nur über die Möglichkeit zu solchem Wirken. Und dieser Weg ist der einzige zur Bannung des Molochs Krieg nicht nur mit Worten, sondern in Wirklichkeit. Bloß eine liberalere Ausgestaltung der innereuropäischen Wirtschaftsbeziehungen oder die Schaffung eines neuen politischen Vereins, eines weiteren Völkerbundes, führt zu nichts. Das Ziel muß aufs Ganze gehen. Es muß auch auf das Wohl und Glück aller europäischen Völker gerichtet sein. Es kann sich unmöglich mehr darum handeln, einzelnen Gruppen einen Vorrang zu sichern. Es ist besser, man unternehme gar nichts als Halbheiten, die nur neue

Reibungsflächen schaffen und damit erst recht den Keim zu neuen Kriegen legen. Europa neuen Krieg ersparen und doch auf halbem Wege stehen bleiben wollen, führt nur zu Selbsttäuschung und Täuschung der Andern. Wird unser Geschlecht den Mut und die Entschlossenheit zu dieser schöpferischen Tat aufbringen? Es ist ja so viel leichter, allein seine kleine Rolle zu spielen, bei der man schlecht und recht sein Auskommen findet, als sich einer großen Aufgabe hinzugeben. Das ist daher die große Frage an unsere Zeitgenossen.

* * *

Was für eine Stellungnahme ist von den andern europäischen Nationen zu erwarten und zu wünschen? Belgien war bis 1914 — wenigstens theoretisch — ein neutraler Staat. Das belgische Volk besaß aber wenig militärische Neigungen und war mehr auf materielles Wohlergehen gerichtet als auf die Verteidigung seines Landes. Mit dem Weltkrieg dürfte das anders geworden sein. Dagegen ist heute die allzu einseitige Verknüpfung seines militärischen Schicksals mit demjenigen Frankreichs fragwürdig. Man erwartete, wenigstens in manchen Finanzkreisen, daß es nach dem Weltkrieg sofort wieder zu einer Politik der Neutralität zurückkehren werde. Auf diese Erwartung dürfte es auch zurückzuführen sein, daß seine Valuta sich anfangs besser hielt als die französische. Um so überraschender kam die Nachricht vom Abschluß des französisch-belgischen Militärabkommens, dessen Folge ein Absinken des belgischen Frankens unter den französischen war. Eine Politik der bewaffneten Neutralität setzt eben eine große Selbständigkeit und ein großes Selbstvertrauen voraus. Sie ist immer schwerer als eine Politik der Anlehnung an eine Großmacht. Letztere ist leichter und bequemer, aber keineswegs sicherer. Denn sie führt dazu, daß man zu einem Staat zweiten Ranges herabsinkt, der nicht sein eigenes Leben lebt, sondern zum Vasall des Mächtigen wird und dessen Schicksal teilt. Wie einseitig und für den Schwächeren unvorteilhaft ein solches Verhältnis ist, hat Belgien in den wirtschaftlichen Beziehungen zu Frankreich erfahren. Der große Beschützer zeigte in den französisch-belgischen Handelsvertragsverhandlungen gegenüber den wirtschaftlichen Bedürfnissen seines kleinen Gefolgsmannes nicht das geringste Verständnis. Der Beitritt Belgiens (und Luxemburgs) zum nordischen Handelsabkommen, die Heirat einer belgischen Prinzessin mit dem italienischen Thronfolger u. a. m. sind immerhin Anzeichen dafür, daß Belgien sich doch nicht jeder Selbständigkeit und Entschlußfreiheit begeben hat. Die Wiedergewinnung einer wirklichen Neutralität und die Schaffung eines allgemeinen Volksheeres wäre auf jeden Fall Vorbedingung für seinen Anschluß an den Kern der neutralen Staaten. —

Bis zum Weltkrieg wäre eine Weiterentwicklung des Bismarck'schen Werkes, d. h. ein Aufbau Europas von Deutschland als Kernpunkt aus denkbar gewesen. Jugendliche Völker warteten im altersschwachen Habs-

burger Reich auf ein neues Dasein. Italien wäre Bundesgenosse geblieben. Polen hätte vielleicht die Hülfe zur Wiedererrichtung seiner Nation mit Freundschaft erwidert. Das Deutschland der Vorkriegszeit ist nicht diesen Weg des aufbauenden Befreiers gegangen. Dagegen ist es unter wenig glücklicher Führung, und ohne eigentlich zu wollen, in den Weltkrieg hineingelaufen, hat nach dessen unglücklichem Verlauf den Versailler Vertrag unterzeichnet und so die Berufung zu dieser Aufgabe auf absehbare Zeit verpaßt. Das soll nicht heißen, daß die deutsche Nation künftig vom Aufbau Europas ausgeschlossen ist. Während aber in der Bismarck'schen Zeit ihre Bedeutung, neben der Arbeitsamkeit ihres Volkes, in den staatsmännischen Fähigkeiten ihres Führers lag, ist heute an Deutschland im wesentlichen nur das deutsche Volk etwas wert. Man mag der von der Reichsregierung unter der neuen Ordnung geleisteten Arbeit noch so viel Achtung zollen — um so mehr als die neue demokratische Form des Reiches so jung ist. Es liegt weniger am Ungenügen der einzelnen Menschen, als an den neuen Machtverhältnissen. Selbst der bedeutendste Staatsmann könnte in einem Reich, das als Besiegter des Weltkrieges den Versailler Vertrag unterzeichnet hat, seine Kunst in nicht viel anderem als in Demut, Schmiegsamkeit und Korrektheit erweisen. Auch innerstaatlich steht die Reichsregierung vor unlösbaren Fragen. Wie soll etwa der Weg zu einer gesunden bundesstaatlichen Rückgliederung gefunden werden? Oder wie kann man einem Volk, von dem die Hälfte an der Staatskrippe steht, den staatlichen Hafer wieder entziehen?

Dazu kommt die Einstellung eines Großteils der Welt zum heutigen Deutschland. Deutschland mag noch so sehr für die Gegenwart und die Zukunft seinen Friedenswillen beteuern. Es schleppt das Vorurteil mit sich, das auf seiner Vergangenheit ruhte. Das junge Deutsche Reich galt — ob mit Recht oder Unrecht, ist nicht entscheidend — als Inbegriff politischen Strebertums und rücksichtslosesten Ausdehnungsbedürfnisses. Und das heutige Deutschland? Kann man es als ein reines Werkzeug des Friedens ansehen? Oder ist eine deutsche Reichsregierung denkbar, die nicht jede sich bietende Gelegenheit ergreifen wird, mit dem Schwert die Neuordnung der heutigen unhaltbaren Ostgrenzen des Reiches zu versuchen — falls wenigstens nicht bis dahin diese Neuordnung durch freie Regelung erfolgt ist? Und man kann deswegen keine deutsche Regierung tadeln, denn jeder Deutsche muß von ihr diese Handlungsweise fordern. Darum ist es wider die Natur des heutigen Deutschen Reiches, grundsätzlich keinen Krieg zu wollen.

Ist es unter diesen Umständen nicht geboten, eine andere Lösung der europäischen Frage zu suchen, an der nicht das Deutsche Reich als solches, sondern seine einzelnen Glieder wie Baden, Württemberg, Bayern, Sachsen, Preußen usw. mitbeteiligt sind? Gegenüber diesen einzelnen Gliedern könnten die tiefeingewurzelten Vorurteile, wie sie jetzt gegenüber der Organisationsform des Reiches bestehen, nicht weiter dauern. Auch ist es höchst fraglich,

ob die als Glieder der Vereinigten Staaten von Europa weiterlebenden Teile des Reichs in der gleichen Schuldknechtschaft erhalten werden könnten, in der das Reich sich heute befindet. Wenn der Bundesstaat, dem die ehemaligen Reichsglieder angehören, die Schuldknechtschaft als Sklaverei ablehnt, dann ist die Eintreibung von Schulden bei Gliedern von ihm als etwas Unsittliches eben unvollziehbar. Eine Hauptaufgabe der jetzigen Reichsregierung, die Gelder zur Befriedigung der Wiedergutmachungsforderungen der Siegermächte zusammenzubringen, fiele damit von selbst dahin.

Ein solcher Vorschlag, daß das Deutsche Reich nicht in seiner jetzigen Organisationsform, sondern in Gestalt seiner Glieder in den europäischen Bundesstaat eingehen soll, hat nichts mit Separatismus zu tun. Bekanntlich sind vor einigen Jahren Leute, die aus dem Rheinland oder aus der Pfalz „neutrale", vom Reich losgelöste Staaten machen wollten, als Hochverräter verfolgt worden. Mit Recht. Denn die „neutralen" Staaten, die sie erstrebten, sollten der Schwächung Deutschlands und der Stärkung Frankreichs dienen, bezw. bloße Vorposten der französischen Macht sein. Die „Vereinigten Staaten von Europa", zu denen die deutschen Einzelstaaten gehören würden, wären aber sicher nicht weniger selbständig und zur Wahrung ihrer Unabhängigkeit im Stande als das heutige Deutsche Reich es ist. Im Gegenteil, die hauptsächlichen Aufgaben der heutigen Reichsregierung: Finanzpolitik, Wehrwesen und Außenpolitik würden von den Organen eines europäischen Bundesstaates viel erfolgreicher erfüllt werden können als die Reichsregierung es heute kann. Auch wäre es nur eine unnötige Doppelspurigkeit, zwischen den deutschen Gliedstaaten und dem Bundesstaat der Vereinigten Staaten von Europa noch eine Zwischenform „Deutsches Reich" einzuschalten. Auf jeden Fall muß man sich gegenwärtig halten, daß das deutschmittelalterliche Reich einmal auch Italien, Oesterreich, Ungarn, die Tschechoslowakei, die Schweiz, Holland, Belgien und selbst Spanien umfaßt hat. Und es wäre zum mindesten unhistorisch gedacht, wenn man bei einer künftigen Neugestaltung Europas unbedingt an dem Begriff des Deutschen Reiches in seinem heutigen Umfang festhalten wollte. —

Italien, unter tatkräftiger Führung voller Lebensdrang, von seinen Bundesgenossen im Weltkrieg bei der Verteilung der Beute aber mehr als stiefmütterlich behandelt, muß jeden Tag mehr feststellen, daß es zu spät „auf die Welt gekommen" ist. Als die andern Völker von den besten Teilen der Erdoberfläche Besitz nahmen, befand es sich noch in einem Zustand innerer Zerrissenheit, den es erst durch Erkämpfung seiner nationalen Einheit überwinden mußte. Die hohen Mauern, an die sein ungestümer Lebensdrang heute überall anstößt, weichen vor keinen kriegerischen Reden zurück. Es bleibt ihm daher nur die Wahl, seine besten Kräfte an diese Mauern anrennen zu lassen oder dann einen andern Weg zu beschreiten. Schon in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurden sich

Italien und Deutschland ihrer Zusammengehörigkeit und wirtschaftlichen Ergänzungsmöglichkeit bewußt. Ihre, für die damaligen Verhältnisse hohen Beiträge an den Bau der Gotthardbahn waren ein Ausdruck dieser Erkenntnis. Ein Wegfall der Zollschranken zwischen Nord und Süd würde für Italien in der Tat heute mehr bedeuten als die Erfüllung aller Träume, die es über den Erwerb neuen Besitzes in Nordafrika hegt. Von einem Bundesstaat, der von Spitzbergen bis Sizilien reichen würde, würde es Vorteile ziehen, wie sie heute etwa der Tessin aus der Zugehörigkeit zur Eidgenossenschaft zieht. Die besondere Staatsform, die sich das heutige Italien gegeben hat, stellt kein Hindernis für einen solchen Zusammenschluß dar. Wem sie nicht paßt, kann sich auf Grund der Freizügigkeit, die ja einen Hauptgrundsatz dieses Staatenbundes bildet, an jedem andern Ort niederlassen. —

Für einen Beitritt zu den Vereinigten Staaaten von Europa kämen auch die, als solche lebensunfähigen Überreste der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie in Betracht. Unter diesen ist es besonders Ungarn, dem die europäische Rolle, die es Jahrhunderte lang als Schutzwall gegen die Türken gespielt hat, durch die Friedensordnung von 1919 schlecht gelohnt worden ist. Kaum ein zweites Land wurde von den Siegermächten so grausam beschnitten wie es, und nirgends hat die Wilson'sche Inkonsequenz schlimmere Früchte getragen als ihm gegenüber.

Für Polen würde eine Angliederung an Vereinigte Staaten von Europa diejenigen Absatzmöglichkeiten schaffen, um die es heute vergebens kämpft. Die polnische Erde ist fruchtbar, das polnische Volk arbeitsam. Seine Schuld ist es nicht, wenn es jahrhundertlang unter seine Nachbarn aufgeteilt war, sondern diejenige seines unfähigen und größenwahnsinnigen Adels. In der deutsch-russischen Zange allerdings befindet sich Polen auf die Dauer in einer unhaltbaren Lage trotz seiner augenblicklichen militärischen Stärke. Dazu bedeutet die Einverleibung zahlreicher fremder Volksteile eine schwere Gefahr für seinen Staat, und durch die unwürdige Behandlung seiner Minderheiten hat sein Ansehen im Ausland große Einbuße erlitten. Gerade in der Schweiz, die früher so vielen polnischen Flüchtlingen Asyl geboten hat, ist die Enttäuschung darüber groß, und es erscheint als eine traurige Ironie des Schicksals, daß diejenigen, die Jahrhunderte lang um ihre nationale Freiheit litten, diese, nachdem sie sie endlich erlangt haben, nun zur scheußlichsten Unterdrückung anderer Völker mißbrauchen.

Rußland wäre wegen seines Naturreichtums und der Intelligenz seines Volkes ein höchst wertvolles Glied des europäischen Bundes. Über dem Wunsch, es dabei zu haben, darf man aber nicht die Schwierigkeiten vergessen, die seinem Anschluß entgegenstehen. Rußland hat Zeit seines Bestehens nie eine Regierung gehabt, die man als gut bezeichnen könnte. Selbst die großen Zaren waren von einer solchen Gewalttätigkeit, daß ein Vergleich ihrer Regierungsmethoden mit denjenigen Europas sich verbietet

Der letzte Zar war lediglich das Symbol für ein System der Ausbeutung und der Niederhaltung des Volkes mit Knute, Schnaps und Terror. Die Sowjetregierung ist heute in manchem noch entschuldbarer als die früheren zaristischen Regierungen. In ihren Methoden unterscheidet sie sich jedenfalls kaum wesentlich von ihnen. So ist der Beitritt eines zentralistisch regierten Rußland ausgeschlossen. Dagegen wäre ein allmählicher Beitritt seiner zur Selbstregierung reif gewordenen Teile höchst wünschenswert. Denn im Grunde ist Rußland das interessanteste von allen europäischen Ländern, das Land mit der tiefsten Volksseele, der unverbrauchtesten Volkskraft, den unbeschränktesten Möglichkeiten.

Daß die Randstaaten an der Ostsee im Anschluß an eine europäische Staatengemeinschaft eine sicherere Gewähr für ihr Dasein erblicken könnten als in ihren heutigen Bündnissen mit entfernten Großmächten, ist einleuchtend. Für die Stellungnahme Spaniens wird entscheidend sein, ob sein Zusammenhang mit Europa oder seine Rassengemeinschaft mit den südamerikanischen Staaten sich stärker erweist.

* * *

Welche Mächte werden nicht zu den Vereinigten Staaten von Europa gehören und wie werden sie sich dazu stellen? Frankreich braucht keine Vereinigten Staaten von Europa. Es ist nach einem Wort Herriots „la nation la plus apte à se suffire". Die Fruchtbarkeit seines Bodens, die Mannigfaltigkeit seiner Industrien, die Stärke seiner Finanzen, sein Reichtum an Bodenschätzen, seine tropischen Kolonien erlauben ihm eine weitgehende Selbstgenügsamkeit. Die hundert Millionen Menschen, die sein Reich umfaßt, können für sich weiterleben, auch wenn das übrige Europa zugrunde geht. Trotzdem besteht die Möglichkeit, daß Frankreich sich einmal zugunsten einer höheren europäischen Ordnung entscheidet und nicht auf dem Dasein als selbstgenügsames weiß-schwarzes Hundertmillionenreich beharrt. Denn Frankreich hat einen zu hohen Gedankenflug, um nicht die Größe eines einigen Europa zu erkennen. Die Ideale sind in ihm zu mächtig, als daß es gegenüber dem Gedanken, in Europa den Krieg zu begraben, gleichgültig bleiben könnte.

Allerdings wirkt in Frankreich eine halbtausendjährige Entwicklung nach. Frankreich kann auf Grund derselben wohl einer zwischenstaatlichen Vereinigung angehören, wie dem Völkerbund, der den Gebietsstand der Vertragsordnung von Versailles und St. Germain als unantastbar erklärt und jeden ächtet, der ihn nicht als das anerkennt. Es kann auch einem europäischen Reich angehören, dessen Mittelpunkt Paris ist und in dessen Regierung der Glanz von St. Cloud und Fontainebleau wiederauflebt. Was Frankreich aber nicht kann, das ist auf dem Fuße der Gleichberechtigung mit Kleinstaaten wie Holland und der Schweiz, oder mit Preußen oder den italienischen Faschisten einen Bundesstaat bilden, dessen Regierung vielleicht ihren Sitz in Straßburg hätte, gerade um zum Ausdruck

zu bringen, daß die europäische Streitaxt nun endgültig begraben ist. Unter dem ersten Napoleon herrschte es über fast ganz Europa. Unter dem dritten Napoleon spielte es den arbiter mundi. Heute vereinigt es unter der Tricolore ein Hundertmillionenreich, das mit seinen gewaltigen Landstrecken in Afrika und Asien größer ist als Vereinigte Staaten von Europa. Vielleicht wird Frankreich im Laufe der Jahrhunderte finden, daß die Europäer die interessanteren Bundesgenossen seien als seine schwarzen und gelben Mitbürger von heute. Sein augenblicklicher Geisteszustand verwehrt ihm aber heute noch eine solche Einsicht. Wie Sieburg in seinem Buch geistreich ausführt, ist Frankreich eben das auserwählte Volk. Und in dem Augenblick, wo Gott sich im siegreichen Schwert zu seinen Gunsten erklärt hat, wird es am allerwenigsten einen Zusammenschluß mit andern Völkern auf dem Fuße der Gleichberechtigung für nötig erachten. Der Augenblick dazu könnte höchstens einmal kommen, wenn es sich in höchster Not oder in einem Zustand tiefster Gekränktheit befindet.

Der Friede von Versailles ist kein Friede des französischen Volkes. Sehr viele Franzosen haben 1918 einen wirklichen Frieden gewünscht. Niemand war mehr enttäuscht vom Versagen Wilsons und dem Sieg Clemenceaus und Fochs, einem Sieg der Rache und der Furcht, als sie. Sie mißtrauten von Anfang an den Erzeugnissen des Spiegelsaales von Versailles und waren von deren Schädlichkeit für ihr Land überzeugt. Sie verurteilten den Gewaltfrieden von Versailles als das Werk einer kleinen Oberschicht. Wie es zu diesem Frieden kam, versteht man, wenn man „la vie orgueuilleuse de Clémenceau“ von Georges Suarez liest. Aber daß es dazu kam, ist deswegen noch lange nicht gut. Im Lichte der nächsten Jahrzehnte wird der kluge Clemenceau vielleicht einmal viel weniger klug erscheinen als der einfache Franzose, der einen maßvollen und soliden Frieden wollte, durch den der „tuerie“ auch für seine Kinder und Kindeskinder endgültig ein Ende gesetzt wäre.

Wer Frankreich kennt, liebt es. Wer je über die duftende Erde seines Landes gewandert, durch die schweren Ähren seiner Ernte geschritten, seine Eichenwälder durchstreift hat, wer die tiefe Herzens- und Verstandesbildung des französischen Volkes kennen gelernt, die Häuslichkeit, den Fleiß, die Sparsamkeit der französischen Frau, die Gutmütigkeit, die Opferfreudigkeit des französischen Bürgers, der glaubt an die Zukunft und Größe dieses Landes und Volkes. Es ist nach einem fürchterlichen vierjährigen Aderlaß nicht der Erschöpfung anheimgefallen, sondern hat im Gegenteil die Kraft zu neuem Aufstieg gefunden. Nur eines hat es nicht: seinen Erfolg zu ertragen vermocht. Immer, wenn Frankreich Europa etwas bringen wollte, tat es das in einer Geistesverfassung, die es den andern Völkern schwer machte, seine Wohltaten anzunehmen. Napoleon vermittelte den übrigen europäischen Völkern die Früchte der französischen Revolution in so überheblicher Weise, daß diese das Gefühl bekommen mußten, es sei dabei mehr auf den Machtzuwachs Frankreichs als ihre Befreiung und die För-

derung ihrer Wohlfahrt abgesehen. Wenn heute Briand mit großem rednerischem Aufwand für seine europäische Föderation wirbt, dann scheint die Absicht, damit nur die augenblickliche Vorherrschaft Frankreichs zu festigen, allzudeutlich durch. Frankreich könnte Europa helfen wie kaum ein zweites Land. Aber dazu müßte es erst bescheiden werden. Und das ist für ein Land, das den Hahn zum Symbol hat, sehr schwer.

Nichts ist für Europa augenblicklich gefährlicher als der Machthunger Frankreichs. Es ist widersinnig, daß ein Volk, das kaum ein Zehntel der gesamteuropäischen Bevölkerung ausmacht, über eine größere Goldreserve und stärkere Armee verfügt als alle andern europäischen Völker zusammen. Es liegt darin eine Überschätzung finanzieller und militärischer Machtmittel, die nur als materialistische Verirrung erklärt werden kann. Frankreich hat im Frieden von 1919 zu viel genommen. Darum sein schlechtes Gewissen und seine ständige Angst. An allen Strohhalmen klammert man sich fest. Nur den einzig sicheren Weg geht man nicht: durch Großmut den Gegner zu besiegen und zu gewinnen. Statt dessen eine Angstpsychose, die mehr zu fürchten ist als Haß und Rache und aller Interessenkampf. Wer sich in Angstpsychose befindet, ist zu jeder Gemeinheit fähig. Der Ertrinkende klammert sich in seiner Angst an seinen Retter, gerade wie wenn dieser nur gekommen wäre, um ihn zu verderben. Wenn ein mächtiges Land der Angstpsychose verfallen ist, kommt es ihm nicht darauf an, einen ganzen Erdteil zugrunde zu richten, auch wenn es dabei keineswegs die erstrebte eigene Sicherheit und Wohlhabenheit gewinnt. Der Sieg ist Frankreich eben zu unverhofft großartig, die Beute zu unerwartet riesenhaft zugefallen. 1870/71 elendiglich geschlagen, noch zur Zeit von Faschoda von England geduckt, und nun mit einem Sprung an der Spitze Europas, ja beinahe der Welt! Da ist der Schwindelanfall unvermeidlich. Da schleicht die Angst heran und wächst zur Psychose. Um so mehr, wenn man den Schaden sieht, den der übergroße Erfolg in den eigenen Reihen anrichtet, wenn man sich selbst als eine Art tönerner Koloß und entsprechend viel verwundbarer empfindet als zu jener Zeit, wo man noch in benachteiligter Stellung um Geltung und Machtmehrung rang.

Für Europa gilt es, diese Angstpsychose Frankreichs zu erkennen. Wenn Europa auf seiner Hut ist und sich davon nicht anstecken läßt, dann werden ihre Symptome nur wertvolle Beiträge zur Erkenntnis der Lage abgeben. Die Finten des Kranken sind dann von weitem als solche ersichtlich. Anderseits allerdings ist dann auch mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß noch auf Jahrhunderte hinaus die Ostgrenze Frankreichs die Westgrenze der Vereinigten Staaten von Europa bilden wird.

Es gibt einen „point de touche“, einen Prüfstein für die Echtheit des Idealismus Frankreichs: sein Verhalten gegenüber Elsaß-Lothringen. In immerwährendem Wechsel hat dieses Land zum Reich Karls des Großen, zum Lotharingischen Zwischenreich, zum Deutschen Reich, zu Frankreich, zu Deutschland und wieder zu Frankreich gehört. Es wäre denkbar,

daß diesem Hin und Her heute (durch die Zugehörigkeit zu Frankreich) endgültig ein Ende gesetzt ist. Aber ein solcher „Handel" mit einem Land und Volk verletzt unser innerstes Rechtsempfinden. Das ist daher der Prüfstein für Frankreichs Willen zum europäischen Frieden: ob es Elsaß-Lothringen sich als selbständiges Glied den Vereinigten Staaten von Europa anschließen lassen wird. Zugleich ist das auch die Vorbedingung seiner Aufnahme in den europäischen Bund. —

An und für sich ist Krieg für lieferungsfähige neutrale Staaten vorteilhaft. Insofern hätte Nordamerika an der Errichtung eines dauerhaften europäischen Friedens durch die Schaffung Vereinigter Staaten von Europa kein geschäftliches Interesse. Aber die Lage ist heute doch anders als 1914. Während der vier Kriegsjahre wanderten ungeheure Pakete von Wertpapieren, die bisher im Besitz Europas gewesen waren, nach Amerika. Ein zweites Mal wird das nicht mehr so schnell möglich sein. Beide ehemaligen Kriegsparteien besitzen nicht mehr viel, um Kriegslieferungen zu bezahlen. Amerika weiß daher, daß es heute nur noch aus einer Festigung Europas und nicht aus seiner weiteren Zerfleischung Vorteil ziehen kann. Durch friedlichen Güteraustausch und ungestörte Eintreibung seiner europäischen Kriegs- und Nachkriegsforderungen macht es bessere Geschäfte als durch neue Kriegslieferungen. Die vor einiger Zeit ausgebrochene Wirtschaftskrisis hat diese Einsicht in Amerika mächtig gefördert.

Ähnlich ist die Stellungnahme Großbritanniens, wenn auch aus anderen Gründen. Mit einem Beitritt Englands zu Vereinigten Staaten von Europa ist nicht zu rechnen. England ist der Mittelpunkt eines Weltreiches, das größer und volkreicher ist als Europa. Die Entwicklung Australiens, Indiens, Afrikas von Kairo bis Kapstadt, Kanadas von Quebec bis Vancouver usw. bringt ihm mehr ein, als wenn es auf dem europäischen Festland Kriege austragen hilft. Die Entwicklungsmöglichkeiten seines Weltreiches sind noch immer so groß, daß es kein Pfund und keinen Soldaten auf dem europäischen Festland zu verlieren hat. Wenn es 1914 trotzdem hier eingriff, dann war es, weil es Deutschland in Ostende und als Sieger über Rußland an der indischen Grenze fürchtete und außerdem die deutschen Besitzungen in Afrika als wichtige Verbindungsglieder in seinem transafrikanischen Reiche brauchte. Heute fürchtet England Deutschland nicht mehr. Die Entstehung eines starken „neutralen" Blockes auf dem europäischen Festland aber bietet ihm die sicherste Gewähr — eine viel sichere als etwa der Völkerbund —, daß hier Friede herrschen wird und es entsprechend ungestört den großen Aufgaben seines Weltreiches nachgehen kann. Was immer auf die Festigung des Friedens auf dem europäischen Festland hinausläuft, liegt im wahren Interesse Englands.

* * *

Diese Betrachtungen verdanken ihre Entstehung dem Unglück, das über unser altes Europa hereingebrochen ist. Es war Kriegsschauplatz, ist der

Schauplatz politischer Umwälzungen, es muß die Kosten des Weltkrieges bezahlen. Möge diese Not in den Völkern Europas die Bereitschaft wecken, für ein großes Ziel die notwendigen Opfer zu bringen. In der Vereinigung liegt ihr Heil. Möge die Größe der Aufgabe ihren Willen und ihre Entschlußkraft befeuern, damit sie nicht wieder in Selbstzufriedenheit und trügerische Selbstsicherheit zurücksinken.

Berufsverein und Staat.

Von **Werner Niederer.**

1.

Die Entwicklung der Berufsvereine und des Berufsvereinsrechts von der französischen Revolution bis heute.

Koalitionsverbote gegenüber allen berufsständischen Organisationen charakterisieren die Zeit der französischen Revolution in allen Ländern, die von ihren Ideen erreicht wurden. Diese Koalitionsverbote waren eine natürliche Reaktion gegen den Zunftzwang der vorrevolutionären Zeit und galten als notwendiger Schutz der Handels- und Gewerbefreiheit. In Frankreich genehmigte die „constituante" schon im Jahre 1791 das Gesetz Chapelier, das sowohl den Arbeitgebern als auch den Arbeitnehmern die Bildung von „Korporationen" untersagte. In der Schweiz finden wir in der Folge in vielen Kantonen ähnliche Bestimmungen, meist in der Form von Polizeiverordnungen (Zürich, Aargau u. s. w.).

Die Entwicklung von damals bis heute läßt sich vielleicht in drei zeitliche Abschnitte gliedern, die zwar nicht scharf voneinander geschieden, aber doch durch verschiedene Entwicklungsstufen der korporativen Idee gekennzeichnet sind. Es sind dies die Zeitabschnitte bis 1815, von 1815 bis 1848 und von 1848 bis heute.

Die Zeit bis 1815 stand völlig unter dem Druck der Koalitionsverbote. Erst mit der allgemeinen Reaktion im Jahre 1815 trat eine Milderung dieser Verbote ein. Wenn sie vielleicht auch da und dort nicht formell aufgehoben wurden, so duldete man doch die Bildung von Koalitionen, vornehmlich solcher der Arbeitnehmer, denn die Arbeitgeber waren damals noch kaum organisiert. Interessant ist, daß der erneute Umschwung im Jahre 1830, der vielerorts die radikale Partei ans Ruder brachte, dieser Tendenz der Duldung nicht nur keinen Abbruch tat, sondern sie sogar noch förderte. Es erklärt sich dies daraus, daß die radikale Partei auf ihre zahlreichen Anhänger unter der Arbeiterschaft Rücksicht nehmen mußte. Die Koalitionen, die sich in der Folge bildeten, waren zwar zum kleinen Teil rein beruflich organisiert. Sie sind aber die Vorläufer der spätern Gewerkschaftsbewegung. So wurde 1838 der Grütliverein und 1840 von Treichler in Zürich